

Wahlprüfstein DIE LINKE. NRW

Bund der Richter und Staatsanwälte in NRW
Martin-Luther-Str. 11
59065 Hamm

Arbeitsbelastung

DIE LINKE.NRW unterstützt die Forderung des DRB NRW, die Personalausstattung gemäß der Ergebnisse von PEBB§Y umzusetzen.

Amtsangemessene Besoldung

Aus Sicht der LINKEN ist eine ausreichende Zahl an qualifizierten Bewerberinnen und Bewerbern für den Beruf der Richterin/des Richters bzw. der Staatsanwältin/des Staatsanwaltes Voraussetzung für eine ausreichende Personalausstattung. Dazu gehört auch eine Besoldung, die zur Attraktivität dieser Berufe beiträgt. Konkret auf den Prüfstand muss aus Sicht der LINKEN die Absenkung der Besoldung für BerufsanfängerInnen im Eingangsamt, da sonst aufgrund der zukünftigen Pensionierungswellen qualifizierter Nachwuchs fehlt.

Nachwuchsförderung

DIE LINKE.NRW will die Absenkung der Eingangsbesoldung auf den Prüfstand stellen und unterstützt die Forderung des DRB NRW.

Aufwertung der Amtsgerichte

Die Tätigkeit der Richterinnen und Richter an den Amtsgerichten ist häufig sehr zeitaufwendig: Ihnen obliegt es, komplexe Sachverhalte zu ordnen und zu beurteilen. Aus Sicht der LINKEN spricht die wachsende Komplexität der Fälle dafür, dass es auch an den Amtsgerichten mehr Beförderungsstellen gibt. Ihre Tätigkeit sollte aufgewertet werden.

Unabhängigkeit von Fachgerichtsbarkeiten

Die Gerichte, insbesondere die Sozialgerichte, sind stark überlastet. DIE LINKE.NRW setzt sich für eine bessere personelle Ausstattung insbesondere an den Sozial- und Arbeitgerichten sowie den Erhalt der Eigenständigkeit ein und unterstützt die Forderung des DRB NRW.

Mitbestimmung

DIE LINKE.NRW setzt sich dafür ein, dass alle Beschäftigten – insbesondere auch die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst – entsprechende Mitbestimmungsrechte und Vertretungsorgane erhalten. Für uns ist vor allem wichtig, dass keine Ständevertretung entsteht, sondern alle Beschäftigten gemeinsam im Betrieb solidarisch für ihre Rechte kämpfen.

Selbstverwaltung der Justiz

DIE LINKE.NRW unterstützt die Forderung des DRB. Eine hierarchische Verwaltungsstruktur, die Personal- und Mitteleinsatz steuert, und eine Justizverwaltung, die praktisch unanfechtbar über Einstellung und Beförderung von Richterinnen und Richtern entscheidet, beschneidet die innere Unabhängigkeit der Justiz. Deswegen fordert auch DIE LINKE.NRW die Einführung von RichterInnenwahlausschüssen und eine Selbstverwaltung der Justiz.